

Danziger Zeitung

M 12817.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Retterbagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitspaltel oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Dublin, 2. Juni. Wie verlautet, fand am 31. Mai auf der Insel Arran-More (an der Nordwestküste von Irland) ein Handgemenge statt. Fünf Boote, welche zu dem dort zum Schutze der Gerichtsdiener stationierten Kanonenboote „Goshaw“ gehörten, wurden von den Bewohnern der Insel angegriffen. „Goshaw“ schoß deshalb auf die Insel. Petersburg, 2. Juni. Die Berichte aus verschiedenen Gouvernements über die Grundaussichten lauten überwiegend Theils sehr günstig; auch in den minder bevorzugten Gouvernements sind die Ansichten gut.

Kiew, 2. Juni. Der Prozeß gegen die Anheführer wurde gestern Abends 10 Uhr beendet. Das Kriegsgericht verurtheilte den Leiter der Unruhen, Proborzew, unter Verlust aller Rechte zu 3 1/2 Jahren, die drei anderen Hauptbetheiligten zu je 1 1/2 Jahren Zuchthaus. Acht weitere Angeklagte wurden zu zweimonatlicher Gefängnißhaft, vier zu dreimonatlichem Arrest verurtheilt und sieben freigesprochen.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 1. Juni. Die „Wiener Abendpost“ veröffentlicht die Steueransätze für das erste Quartal des Jahres 1881. Nach denselben ergaben die directen Steuern 23 306 417 Fl., mithin gegen das erste Quartal 1880 eine Mehreinnahme von 1 288 996 Fl. Die indirecten Steuern lieferten ein Reinerträgniß von 46 825 259 Fl., mithin gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Mehreinnahme von 7 420 712 Fl. Der größte Theil der Mehreinnahme entfällt auf die Verbrauchssteuer. Die Branntweinsteuer ist um 53 000 Fl., die Biersteuer um 435 000 Fl., und die Zuckersteuer um 8 851 000 Fl. im Höhepunkte gestiegen. Einen Mehretrag lieferten ferner die Salzsteuern um 196 000 Fl. und der Tabakverschleiß um 243 000 Fl. Einen Minderertrag ergaben die Stempelsteuern um 283 000 Fl. und das Lotto um 400 000 Fl. Die Einnahmen aus den Böllen haben gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres um 554 000 Fl. zugenommen.

Saag, 1. Juni. Die zweite Kammer nahm mit 48 gegen 25 Stimmen den Antrag betreffend den Postdienst an.

Politische Uebersicht.

Danzig, 2. Juni.

Die Zeiten der Reaction pflügen sich immer zuerst auf dem Gebiete der Schule bemerklich zu machen. Das hat sich auch diesmal auf dem ganzen mitteleuropäischen Depressionsgebiete geltend gemacht, sowohl in Preußen, als auch in Süddeutschland und Oesterreich. In Preußen wurde zunächst der Kampf gegen die Simultanschulen eröffnet, in Baiern und Oesterreich griff die dort von den Ultramontanen allein vertretene Reaction derber zu, sie versuchte sofort das Bildungsziel der Unterrichtsanstalten selbst zu treffen, die Schulpflicht von acht resp. (in Baiern) sieben Jahren auf sechs herabzusetzen. Jetzt scheint auch in Preußen nach derselben Richtung hin gehindert werden zu sollen. Das beweist der Erlass, den der Kultusminister v. Puttkamer unter dem 28. Mai an die Bezirksregierungen gerichtet hat. Dr. v. Puttkamer geht darin von den in neuerer Zeit häufig einlaufenden und sicher oft begründeten Klagen über die Unerfährlichkeit der Lehrer aus, welche den bethelligten Gemeinden für die Unterhaltung der Schulen angefallen werden. Er, der Minister, fühle sich veranlaßt, die besondere Aufmerksamkeit der Provinzialbehörden auf diesen Punkt zu lenken. Es gehöre zwar zu den vorzüglichsten Pflichten der Staatsverwaltung, mit Eifer und unausgesetzter Sorgfalt darüber zu wachen, daß die Entwicklung unseres Volksschulwesens sich auf der Bahn der Anforderungen halte, welche durch das täglich reichere und mannichfaltiger sich gestaltende Culturleben der Nation bedingt seien. Aber — soweit diese Entwicklung an eine starke Anspannung der materiellen Kraft gebunden sei, werde die Verwaltung, „zumal in einer Zeit, wo der nationale Wohlstand sich eben erst von den nachtheiligen Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik zu erholen beginne“, sich nicht der Erwägung entziehen dürfen, ob und bis zu welchem Grade die Inanspruchnahme der Schulgemeinden in neuester Zeit (also wohl unter Falk!) nicht etwa in vielen Fällen bis zu einem die Grenze der nachhaltigen Leistungsfähigkeit übersteigenden Maße emporgewachsen sei u. s. w. Der Minister könne sich der Beforgniß nicht verschließen, daß in der Vertheilung der Schullasten zwischen Staat und Gemeinde nicht das gehörige Gleichgewicht vorhanden sei, andererseits daß jene Lasten eine unzulässige Höhe erreichten. Der Staat — so wird verhofft — werde erst nach vollständiger Durchführung der „Steuerreform“ in der Lage sein, den Gemeinden einen wesentlichen Theil der Schullasten abzunehmen. Bis dahin sei auf stärkeren Zuspruch aus Staatsfonds nicht zu rechnen. Es erhebe daher geboten, bei den Anforderungen an die zur Unterhaltung der Elementarschulen Verpflichteten deren wirtschaftliche Lage mehr zu berücksichtigen, auf kostspielige Verbesserungen des bisherigen Zustandes zu verzichten, wenn sie nicht ohne unbilligen Druck der Betheiligten herbeizuführen seien, und sich mit den bestehenden Einrichtungen zu begnügen bis auf „bessere Zeiten.“

Ja, man wird sich wirklich auf „bessere Zeiten“ vertrusten müssen, d. h. bis wieder einmal ein Fall

an Stelle eines Puttkamer im Regime ist. Herr v. Puttkamer denkt sich in alle möglichen Lagen und Aemter hinein, er spricht als vorsichtiger Finanzminister, als Kämpfer um die „Wirtschafts- und Steuerreform“, als welcher er deren Gegnern einen gänzlich unmotivirten Hieb zu versetzen sucht, als Verwaltungsbeamter und Schützer des Säckels der Gemeinden. Das ist Alles sehr schön, und es muß Leute geben, welche alle diese Standpunkte vertreten; aber es ist nicht der Unterrichtsminister, welcher diese vorzubringen hat. Dieser hat vielmehr allen jenen Standpunkten gegenüber die Bedürfnisse des „Culturlebens der Nation“ zu vertreten. Es haben auch früher die verschiedensten Finanzminister sich oft gegen die pecuniären Anforderungen, welche die Schule stellte, ausgesprochen, weil dieselben für den Augenblick nicht erfüllbar waren. Neu ist nur, daß jetzt der Unterrichtsminister sich berufen fühlt, alle möglichen Bedenken gegen die Kosten des Schulwesens aufzustellen.

Die „Obstructionisten“ des Reichstags, gegen welche die „Post“ vorgestern ihr großes Geschütz spielen ließ, haben es doch, wie es den Anschein gewinnt, fertig gebracht, der siegreichen Majorität die Durchberatung des Unfallversicherungsgegesetzes in der zweiten Lesung vor Pfingsten zu verhindern. Die Abneigung gegen Abendstunden hat den Sieg davongetragen, und so soll denn die Vertagung eintreten, sobald das Haus den § 13 (Deckung der Versicherungsprämien) erledigt hat. Da gestern die Vertagung bis zum § 11 gelangt ist, so ist die Vertagung wohl heute schon zu erwarten. Die gefirgige Erklärung des Abg. Windthorst bezüglich der Frage des Staatszuschusses, welche, wie man hört, auf einem vorgestern gefaßten einstimmigen Beschlusse der Centrumsfraction beruht, stellt eine Ablehnung des Staatszuschusses auch für die dritte Lesung in Aussicht, vorausgesetzt, daß das Centrum sich die heute zu erwartende Erklärung des Staatsministers v. Bötticher, daß das Gesetz ohne Staatszuschuß unannehmbar sein werde, nicht allzu sehr zu Herzen nimmt. Bis jetzt wiegt in parlamentarischen Kreisen die Auffassung vor, daß die Vertagung des Unfallversicherungsgegesetzes im Sinne der Regierung, wie im Sinne der einzelnen Parteien nur eine Vorbereitung für die Wahlagitatorik sei, daß also ein praktisches Resultat der Vertagung nicht zu erwarten sei.

Es wird uns berichtet, daß man im Reichsamt des Innern wirklich bereits mit der Vorlage bez. einer Arbeiter-Alterversicherung beschäftigt ist. Es sollen die Vorarbeiten die ersten Stadien bereits hinter sich haben, und es ist gar nicht unmöglich, daß man schon bis zu den Wahlen Näheres darüber zu berichten weiß, um auch diese Materie für die Wähler nutzbar zu machen.

Das Tabakmonopol soll, wenn die Wahlen in dem gewöhnlichen Sinne ausfallen, schon den nächsten Reichstag beschäftigen. Nachdem die bezüglichen Arbeiten eine Weile in den Hintergrund getreten waren, sind sie jetzt in aller Stille wieder aufgenommen worden. Man sichtet das vorhandene Material und fordert über zweifelhafte Punkte Berichte ein u. dergl. m. Alles dies stützt sich auf die in leitenden Kreisen ausgesprochene Erwartung einer der Regierung ganz und gar gefügigen Majorität im nächsten Reichstage.

Wie man der „M. Z.“ aus Berlin mittheilt, werden von den seitens Bremens ernannten Bevollmächtigten gegenwärtig die Vorschläge ausgearbeitet, welche bei den mit der Reichsregierung zu führenden Verhandlungen über den Zollanschluß als Basis dienen sollen.

Es verlautet, daß, falls die agrarischen Ruhestörungen in Irland nicht abnehmen, die englische Regierung im Laufe der nächsten Woche sich zu sehr ernsten Maßregeln veranlaßt sehen dürfte. Diejenigen Mitglieder der irischen Executive, deren Verlangen nach Ausnahme-Ungläubigkeit aufgenommen wurde, haben während der letzten vier Tage die Unterdrückung der Landliga-Organisation, die Verhaftung der leitenden Mitglieder derselben und das Verbot öffentlicher Versammlungen für einen Zeitraum von 6 Monaten formell befristet. Das Cabinet war am Sonnabend nicht gewillt, diesem Programm vollständig beizustimmen, allein der die Unterdrückung der Landliga betreffende Theil desselben wird noch erwogen.

Nach den bisherigen Vorbereitungen wird angenommen, daß die Uebergabe der von der Türkei an Griechenland abzutretenden Gebiete am 24. d. beginnen werde.

Reichstag.

54. Sitzung vom 1. Juni.

Das Haus legt die zweite Vertagung des Unfallversicherungsgegesetzes fort.

§ 2a lautet nach dem Vorschlage der Commission: „Jeder Bundesstaat hat eine für seine Rechnung zu verwaltende Landes-Versicherungsanstalt zu errichten, bei welcher die Versicherung für alle innerhalb desselben belegenen Betriebe, sowie nicht dieses Gesetz Ausnahmen zuläßt, stattfindet. Für mehrere Bundesstaaten kann eine gemeinsame Landes-Versicherungsanstalt errichtet werden.“ Hierzu beantragen 1) Auer u. Gen. eine Reichsanzalt mit dem Sitze in Berlin zu errichten; 2) Buhl statt der Worte: „Jeder Bundesstaat... belegenen Betriebe“ zu setzen; „Das Reich errichtet eine für seine Rechnung zu verwaltende Versicherungsanstalt, bei welcher die Versicherung für alle Betriebe“ und den letzten Satz des § 2a zu streichen; 3) Richter dem § 2a folgenden Zusatz zu geben: „auch kann ein Bundesstaat für seine einzelnen Bezirke mehrere Landesversicherungsanstalten errichten.“

Legtere können auch für Rechnung der Verbände der Selbstverwaltung verwaltet werden.“

Staatssecretär v. Bötticher: Der Abg. Kasser hat gemeint, es sei eine Wandlung in der Auffassung des Reichskanzlers bezüglich der vorliegenden Frage eingetreten und der Abg. Richter hat geglaubt, der Reichskanzler wisse noch nicht, mit welchen von beiden möglichen Majoritäten, ob mit der Vereinigung der Conservativen und dem Centrum oder mit den Conservativen und den Nationalliberalen er in dieser Frage stimmen solle. Beides ist unrichtig. Die Reichsregierung sieht nach wie vor auf dem Standpunkte der Vorlage. Für dieselbe sind nicht politische Gründe maßgebend gemeint, sondern reine Gründe der Zweckmäßigkeit: Die Reichsversicherungsanstalt gewährleistet die beste Vertheilung der Risiken, sichert die beste Gestaltung des Tarifes, und ihre Verwaltung ist die billigste. Wenn Sie jetzt nach dem Vorschlage Ihrer Commission das Versicherungsgeschäft in die Hände der einzelstaatlichen Versicherungsanstalten legen, so werden diese die Prämien nicht so billig berechnen können, und wird dadurch eine ungebührliche Belastung der Einzelstaaten ein treten. Wenn das Risiko von dem Staate bei mäßiger Prämienzahlung getragen wird, so kann dies unter Umständen für kleine Staaten recht erhebliche Belastungen herbeiführen. Nach der Commissionsvorlage werden wir durch Reichsgeetze 25 Tarife machen müssen, die von vornherein gar nicht in Uebereinstimmung gebracht werden können. Daß die Reichsanzalt mit ihrem einfachen centralen Apparat billiger arbeiten kann als die Landesanstalten, ist selbstverständlich, daß die letzteren aber noch billiger arbeiten als die Privatgesellschaften, beweisen folgende Zahlen. Die I. bairische Brandversicherungs-Gesellschaft hat im Geschäftsjahre 1878/79 an Verwaltungskosten aufgewendet auf je 100 M. der Versicherungsprämie 1,6 Pf., von den Gegenleistungsanstalten dagegen haben aufgewendet im Jahre 1880 die Gothaer Gesellschaft von derselben Versicherungssumme 4 Pf., die Vöderer ebensoviele, die Altonaer sogar 8,3 Pf. (Südt. Hdtl.); bei den Actien-Gesellschaften variiren die Verwaltungskosten zwischen 2-10,6 Pf. Dr. Richter hat sich gegen die Reichsanzalt erklärt, weil ein Monopol um so schädlicher wirke, je mehr es centralisirt werde: was man im kleinen Kreise erreichen könne, solle man nicht in einem größeren erreichen wollen. Ich frage Sie: wie könnten wir unsere Post und Telegraphie vertheidigen, wenn dieser Satz in Evangelium wäre? (Scherzhaft! rechts.) Wie in der Commission, muß ich mich auch hier im Hause entziehen gegen die von dem Abg. Buhl beantragte Zulassung des Concurrenzbetriebes der Privatgesellschaften erklären. Die von dem Abg. Buhl für die Privatgesellschaften entworfenen Normativbestimmungen verfolgen namentlich den Zweck, durch die Privatgesellschaften ein ebenso große oder wenigstens Näherende Erhalten der Rechte zu gewährleisten wie bei der Reichsanzalt. Ich bin der Meinung, daß die Reichsanzalt ein Recht hat, sich gegen die Zulassung des Concurrenzbetriebes zu vertheidigen. Ich verweise auf die Vorarbeiten, die ich in der Commission vorgelegt habe, und die ich auch heute in der Debatte vorlegen werde. Ich verweise ferner auf die Vorarbeiten, die ich in der Commission vorgelegt habe, und die ich auch heute in der Debatte vorlegen werde. Ich verweise ferner auf die Vorarbeiten, die ich in der Commission vorgelegt habe, und die ich auch heute in der Debatte vorlegen werde.

Institute obligatorisch ist und auf Antrag des Hypothekengläubigers. Auch entsteht der Schein einer billigeren Verwaltung durch den Staat dadurch, daß er dabei seine bereits im Etat aufgeführten Beamten verwendet, während die der Gesellschaften in dem Etat derselben erscheinen müssen. Der Reichskanzler war consequenter als seine Bundesgenossen und sein Staatssecretär. Bei der ersten Vertagung sagte er, daß der Staatszuschuß allein dem Staate ein Recht auf Begründung einer öffentlichen Anstalt giebt; falls er fort, dann ist ihre Begründung weder billig noch gerecht. Nun will die Commission diesen Staatszuschuß nicht gewähren, das Haus wird, wenn nicht ein Wunder geschieht, ebenso beschließen und Sie plädiren immer noch für Staatsanstalten, nachdem die von dem Reichskanzler aufgestellte Voraussetzung eliminiert ist! Was haben Sie nun von anderen Gründen für die Staatsanzalt gebürt? Eine Einwendung des Ministers, daß eine Sicherheit von den Privatgesellschaften gar nicht gewährt werden könne und eine Verurtheilung der dem Abg. Stumm am Herzen liegenden Knappheitsfragen, welche doch unter der Verwaltung der preussischen Regierung stehend, von dieser das höchste erhalten haben. Ist es denn auch nur wahrhaftig, daß Versicherungsanstalten eingerichtet werden, welche nicht in sich die Mittel haben, außergewöhnlichen Unglücksfällen zu begegnen, wenn die richtigen Grundzüge angewendet werden? Als Grund für den Staatszuschuß ist angeführt worden, namentlich auch vom Reichskanzler, man könne den Privatgesellschaften nicht zurauen, daß sie das öffentliche Interesse wahrnehmen, weil sie Erwerbsgesellschaften sind. Unsere ganze Beamtenchaft beruht darauf, daß sie durch die Ausübung der Amtstätigkeit sich einen sicheren Unterhalt, einen sicheren Gewinn begründen wollen, sieben Achtel der Beamten würden ihre Entlassung nehmen, wenn ihnen das Gehalt entzogen würde. Wenn sie es aber ein, so sagen die Beamten könnten deshalb nicht gut wirken, weil sie das Amt verwalten, um den Gewinn ihres Lebens heranzuführen? Der angeführte Grund enthält also einen ungemein billigen Spott und eine derartige Argumentation ist nur in solchen Kreisen etwa zulässig, wo man nicht auf den Verstand, sondern auf die Betäubung derselben rechnet. (Sehr wahr!) Nun sollte man meinen, man würde bei der Gegenleistungsgesellschaft stehen geblieben sein, aber da hören wir, daß die noch schlimmer sei als die Privatgesellschaft. Das Risiko der Arbeiter sei größer, und man könnte ihnen dies nicht zutrauen, wenn für ein Jahr etwa größere Unfälle einträten. Ja, bei den größeren Gesellschaften auf Gegenleistung wird ein Jahr in das andere eingerechnet. Das sind Alles so keine Einwendungen, wie die, welche der Minister gegen die Normative gemacht hat. Für die Concentration des Versicherungswesens beim Staate habe ich in der That keinen stichhaltigen Grund, sondern nur den einen Grund, daß die Verwaltung und ihre Kosten im Vergleich mit dem Nutzen, den die Regierung durch die Reichsanzalt zu ziehen vermag, nicht so wichtig, weil ich viel weitergehende Pläne habe, die nicht auf dem Privatwege werden ausgeführt werden können. Dagegen erklärt die Mehrheit der Commission, wie ich vermute auch die Mehrheit des Hauses, — daß sie gerade diese weitergehenden Gedanken vollständig verwirft. Der Abg. Stumm erklärt sogar zu meinem Erstaunen, daß die Altersverorgungsanstalten ganz unzweifelhaft nur von Privatgesellschaften wahrgenommen werden könnten und nicht vom Staat, ja daß sogar, wenn diese kommen, die Unfallversicherung auf diese Privatgesellschaften übergeben müsse. Da verschwinden seine Bedenken gegen die Privatversicherungsanstalten. Begehe es, wer will, wie diese beiden Ansichten zu vertheidigen sind. Wenn Sie entschlossen sind, den Staatszuschuß abzulehnen, so ist nach dem Zeugniß des Fürsten Bismarck selbst kein Boden mehr vorhanden für eine Versicherungsanstalt, sei es des Reichs, sei es des Staates. Wenn jetzt schon im Prinzip feststeht, daß entweder eine Reichsanzalt sein müsse oder öffentliche Anstalten innerhalb der einzelnen Staaten, so zeigt doch die ganze geschichtliche Entwicklung, daß wir mit der Combination, mit der wir es im Commissionsberichte zu thun haben, in der That eine politische Combination vor Augen haben und keine wirtschaftliche, sondern daß das wirtschaftliche Interesse politischen Rücksichten geopfert ist, was ich nicht absolut tadeln will. Das aber von vornherein kein Mensch an die Stelle des Reiches zu setzen, beweist die Geschichte der Vorbereitungen dieses Gesetzes. Denn, daß man in Bezug auf das Verlehrsgebiet staatliche Grenzen innerhalb Deutschlands noch jetzt geben will, das ist ein Gedanke, der der Reichsverfassung und den Anschauungen des Volkes durch und durch widerspricht. In der That ist bis auf diese politische Combination kein Mensch daran gekommen, selbst die Bundesregierungen nicht, die so eifriglich über die Rechte der Einzelstaaten wachen. — Kein Mensch hatte eine Ahnung davon, da plötzlich, während der Discussion in der Commission, spielt sich Folgendes ab, was ungeheuer dramatisch zu lesen ist. Es wird nämlich vorgeschlagen, statt der Versicherungsanstalt im Reiches solche in den Einzelstaaten einzuführen. Ich weiß keine Augenblicke, daß außerhalb der Commission, was sonst der Abg. Windthorst immer die Coalition genannt hat, Verhandlungen stattgefunden hätten, wonach an den Fingern abzgehelt wurde, so und so viel Mitglieder der Reichspartei, so und so viel von der heulischen Partei, so und so viel vom Centrum, wenn die sich verständigten, so würde eine Mehrheit in der Commission zu Stande kommen, da kam man dann auf den Vorschlag der Staatsanstalten und die Reichspartei sagte, wenn das Centrum es vorschlägt, so nehmen wir es an, denn wir gehen immer mit dem Centrum und gestern hat der Abg. Stumm gesagt: Das Ding ist zwar ganz absehlich, es ist viel schlechter als die Reichsanzalt, aber wir wollen in dieser Session etwas zu Stande bringen (Auf: durchathmen!), also durchberathen, das heißt, wir wollen nur theoretisch, aber nicht praktisch das Reich verlegen. Ein Beschluß des Hauses wird für nicht geachtet, es ist ja nur interimsächlich. Wir sind der Meinung, daß ein Beschluß des Hauses ein geschichtliches Factum ist und es ist durchaus nicht gleichgültig zu erklären, es ist nur ein vorläufiger Beschluß. Aus der gefirgigen Erklärung des Abg. Stumm bin ich nicht recht klug geworden. Wird seine Partei für diesen Paragrafen stimmen oder nicht? Ebenso vermoren ist die Haltung der Regierung in der Commission. Der technische Regierungsdirektor erklärt die Staatsanstalten für nachtheilig und kaum durchführbar, der politische Vertreter hält sie zwar für schlechter als die Reichsanzalt, die Regierung sei aber nicht abgeneigt darauf einzugehen, schließlich beweist eine Denkschrift des technischen Vertreters, daß der Beschluß der Commission sehr wenig tauge. Ja glauete nun, daß die Vertheilung der Versicherungsanstalten auf die einzelnen Länder mit großen Nachtheilen für die Volkswirtschaft und für die Industrie und Gewerbe verbunden sein würde. Die hervorragendsten Vertreter der Industrie haben erklärt, daß sie nicht mehr productionsfähig sein würden, wenn sie mehr als 2 1/2 der Prämie übernehmen sollen. Daben Sie schon bedacht, wie viel die kleinen Staaten, wie viel z. B. der fabri-

reiche Kreis, den ich vertrete, verlieren würden, wenn er eine höhere Prämie zu zahlen hätte? Gut wird sich allein Watern stehen; es ist vielleicht groß genug, um eine solche Versicherungsanstalt auf sich nehmen zu können; die bairische Volksextremist ist vielleicht vornehm genug, um für dieses Vergnügen eine schöne Summe jährlich mehr zu bezahlen; Sachsen und Württemberg können es nicht. Nun frage ich, ob nicht in Preußen mit seinen 28 Millionen Einwohnern mit einer monopolisirten Versicherungsanstalt alle Gefahren der Revolution gerade so hineingetragen werden wie die Reichsversicherungsanstalt dies mit dem Reich thun würde. Und wer soll die Dinge zusammenhalten, wenn Preußen vor einer Revolution steht? Ich werde dem Antrage Richter zustimmen, weil er Vollmachten haben will für die Einzelstaaten; und gerade so wie Sie den kleineren Staaten, die in sich selbst nicht im Stande sind, eine solche Anstalt zu errichten, die Vollmacht gegeben haben, in eine Verbindung einzutreten zu dürfen, so müssen sie auch Preußen nicht zwingen, in eine große Anstalt zusammenzutreten, lediglich um das Wort „Staatsanfall“ festzuhalten. Wie man aus sachlichen Gründen gegen den Antrag Richter stimmen kann, ist mir unbegreiflich. Ob es notwendig ist, zur Aufrechterhaltung der Combination, wie sie sich in der Commission herausgestellt hat, weiß ich nicht, da ich, um mich eines Ausdrucks des Abg. Windthorst zu bedienen, nicht hinter den Coullissen mitgearbeitet habe. Ich komme zu dem Schluss, daß die Errichtung einer Reichsversicherung sehr schwer vereinbar ist mit der Frage des Versicherungswesens, dessen System wir annehmen wollen. Durch die Commission ist aber die Sache so verwickelt und verwickelt worden, daß ich es für das größte Unglück halten würde, wenn das Gesetz in dieser Form in dieser Session zu Stande gebracht würde. (Beifall links.)

Abg. Windthorst: Dem Abg. Kaiser, der es zu bereuen scheint, hinter den Coullissen nicht mehr arbeiten zu können (Getreuer), muß ich erwidern, daß nach meinen sorgfältigsten Erörterungen eine Coullissenarbeit hier gar nicht vorliegt und daß seine ganze Darstellung der Vorgänge in der Commission durchaus unrichtig ist. Was verhandelt worden, ist in der Commission selbst verhandelt worden. Uebrigens dürfte es dem Abg. Kaiser und seinen früheren Mitcollegenarbeitern ja nicht auffallend sein, wenn in den langen Jahren andere Leute von ihnen gelernt haben. (Getreuer.) Die Ansicht des Abg. Richter, daß das Centrum in sich in dieser Frage unter einem gewissen Druck befindet, ist völlig unbegründet. Wir wissen ganz genau, was wir in dieser Sache wollen und werden unsern Weg verfolgen in der Erwartung, ob die Majorität sich uns anschließen wird. Dies bemerkt ich auch dem Abg. Stumm, dessen Erklärung Namens seiner Partei mir allerdings überraschend gewesen ist. Ich habe daraus entnommen, daß die Herren in der zweiten Beratung für den Commissionsvorschlag stimmen werden, sich aber vorbehalten, später von demselben abzuweichen. Was die vorliegende Frage betrifft, so giebt es in der That nur zwei Systeme. Das eine ist die von dem Abg. Freund vortrefflich begründete Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes und die daraus sich ergebende Weiterentwicklung der Privatversicherungsanstalten. Dieses klare System baut auf der Basis des Bestehenden weiter und verdient die ernstliche Erwägung; das andere generalisirt die Haftpflicht zu einer Sicherung aller Unfälle, ohne weitere Untersuchung über das Verschulden des Betroffenen, ohne weiteren Prozeß, und legt die Versicherung dieser Unfälle in eine vom Staate garantierte Kasse. Dies zweite System ist vollkommen neu und giebt zu sehr ernsten Perspektiven Anlaß. Wer darüber noch im Zweifel sein konnte, den wird die gestrige sehr bedeutsame Rede des Abg. Liebenow aufgeklärt haben. (Sehr richtig!) Für mich ist diese Rede die belehrendste von allen gewesen, die ich über diesen Gegenstand gehört habe, und es ist mir dies ein neuer Beweis für die Richtigkeit meiner Behauptung, daß man keine Gegner zu Wort kommen lassen soll. Mir hat diese Rede den Entschluß, den Weg der Vorlage zu betreten, nicht erleichtert und wenn ich es dennoch beabsichtige, so geschieht es nur, weil ich die Forderung als berechtigt anerkenne, daß die Unfälle, denen die arbeitende Bevölkerung ausgesetzt ist, mit größerer Rücksicht und Sicherheit gesichert werden müssen, als es jetzt geschieht und als es auch das System, das der Abg. Freund empfohlen hat, ermöglichen würde. Es wird dabei allerdings mit großer Vorsicht verfahren werden müssen, damit man nicht beim Betreten dieses Gebietes mit beiden Füßen auf die socialdemokratische Basis springt. (Abg. Bebel: Das wird allmählich geschehen!) Ich habe stets gefordert, den berechtigten Kern der im Socialismus liegend, nicht unbeachtet zu lassen, aber dahin, wohin Sie gekommen sind, Dr. Bebel, auf die Republik, den socialen Staat und den Arbeitismus — dahin kommen wir nicht! (Beifall.) Es bedarf also großer Vorsicht, wenn wir dieses Gebiet betreten. Ob die Commission in dieser Hinsicht das Richtige getroffen, weiß ich nicht; ich glaube aber, daß man sich von einem Zuweitertreten fern gehalten hat, wenigstens würde man, falls der Schritt sich als fehlbar erweisen sollte, leichter zurückkommen als wenn die Regierungsvorlage unverändert zur Ausführung gelangte. Einer der wichtigsten Unterschiede zwischen beiden Vorlagen liegt in der Frage Staatsanfall oder Reichsanfall. In der Diskussion ist diese Frage einermassen dadurch verwickelt worden, daß man die Erörterung über die Zulassung von Privatgesellschaften und Genossenschaftsformen mit hineingezogen hat. Was diesen letzteren Punkt betrifft, so haben wir, glaube ich, anzuerkennen, daß die bestehenden Privatversicherungsanstalten sich um die bestehenden Angelegenheiten verdient gemacht haben. Ich kann nicht so leicht über die Entschädigungsfrage megalommen, wie der Staatssecretär es vermocht hat. Nach seiner Argumentation würde man auch mit einem Schläge das Tabakmonopol einführen können, ohne einem Menschen eine Entschädigung zu gewähren. Wenn man im öffentlichen Interesse solche Eingriffe macht, so darf man sich nicht auf den reinen Privatrechtstitel zurückziehen, und ich glaube, daß man verpflichtet ist, den Privatgesellschaften in irgend einer Weise zu Hilfe zu kommen. Namentlich wird es sich empfehlen, daß die Leute, welche ihre ganze Lebensversicherung auf die Versicherungsgesellschaften gestellt haben, bei den neuen Einrichtungen wieder eine Verwendung finden. Eine ganz andere Frage ist die, ob bei der Einführung des Versicherungswesens der Staat noch Privatgesellschaften zur Theilnahme an der Versicherung zulassen kann. Wir ist dies im höchsten Grade zweifelhaft. Was die Genossenschaftsformen betrifft, so bin ich sehr gern bereit, auf geeignete Vorschläge, welche deren Wirksamkeit in weitem Umfange sichern, bei § 56 einzugehen. Es bleibt für mich hiernach nur noch die Frage, soll das Reich oder der Einzelstaat die Versicherung übernehmen? Die Behauptung, daß das Reich sparsamer verwalte als der Staat, ist bisher nicht erwiesen; im Gegentheil hat es in der Ausübung seiner Behörden, in der Zahl seiner Beamten eine große Verschwendung geübt. Der Abg. Kaiser hat sich auch für die von dem Abg. Richter vorgeschlagene Bildung von kleineren Bezirken innerhalb eines Staates ausgesprochen, er will also Decentralisation und dennoch erklärt er sich gegen die Versicherung der Einzelstaaten für das Reich. Ich sehe darin nur einen Ausdruck des Strebens nach dem Einheitsstaat und in der That würde eine Reichsversicherungsanstalt ein gewaltiger Schritt zu diesem Ziele sein. Es sind deshalb neben den wirtschaftlichen auch wichtige politische Gründe, die uns bestimmen, dem Commissionsvorschlag beizutreten, und ich glaube erklären zu können, daß kein Mann meiner Partei dem Antrage auf eine Reichsversicherung zustimmen wird. Dem Antrage Richter auf Zulassung kleinerer Verbände innerhalb eines Staates werde ich beistimmen. Je kleiner die Kreise sind, denen wir die Versicherung übertragen, um so ungeschicklicher ist der Schritt, und um so leichter können wir ihn zurücknehmen, wenn wir uns getraut haben sollten. (Beifall rechts.)

Abg. Frege: Die Frage, ob die Versicherungsanstalt dem Reiche oder den Einzelstaaten zu übertragen sei, hat in dem Kreise meiner conservativen Parteigenossen eine verschiedene Beurteilung erfahren. Sehr viele derselben waren von Anfang an für den Gedanken einer Reichsversicherung eingenommen und haben sich erst in letzter Stunde entschlossen, den Staatsanfall zuzustimmen, um das Inkraftkommen des Gesetzes nicht zu gefährden. Sehr wesentlich ist zu diesem Entschluß auch der Umstand mitgewirkt, daß wir sehr gern mit

dem Centrum zusammengehen, weil wir mit ihm bedeutende politische Erfolge erzielt haben und auch in Zukunft noch zu erzielen hoffen. Die Entwicklung der Industrie ist eine solche, daß sie eine einheitliche schablonenmäßige Behandlung nicht verträgt. Wir wünschen deshalb eine möglichst Decentralisation in der Verwaltung, weil wir im Interesse der Gerechtigkeit es nicht für angemessen halten, daß der acherbaitende Osten zu den Lasten des industriellen Westens mit herangezogen werde. Der Einwand des Abg. Kaiser, daß beispielsweise der Staat Meiningen für eine eigene Versicherungsanstalt zu klein sei, ist nicht stichhaltig, denn es würde sich dann einem benachbarten Staat anschließen können. Dieses Beispiel paßt überdies um so weniger, als Meiningen fast ausschließlich Staatsindustrie besitzt. Man hat sodann behauptet, die Versicherungsanstalt müsse auf das Reich übertragen werden, weil es eine Verkehrsangelegenheit und somit Reichssache sei. Diese Thatsache ist richtig, es folgt aber daraus nur, daß die gesetzliche Regelung durch das Reich erfolgen müsse, die Ausführung im Einzelnen kann trotzdem sehr wohl den Einzelstaaten überlassen werden. Wir bewegen uns auf einem völlig unbekanntem Gebiete und die Errichtung von Staatsversicherungsanstalten ist ein Versuch, der sich erst bewähren soll; wir werden deshalb gut thun, weder übertriebene Hoffnungen noch übertriebene Befürchtungen zu hegen, aber unsere Einrichtungen so zu treffen, daß etwaige Mängel durch die Decentralisation weniger fühlbar gemacht und ohne Schwierigkeiten verbessert werden können. (Beifall rechts.)

Staatssecretär v. Bötticher: Der Abg. Kaiser hat gemeint, in der Commission habe zunächst der Reg.-Committ. die Sache von der technischen Seite beleuchtet und sich gegen die Landesanstalten erklärt; darauf habe ich mich von der politischen Seite aus für die Landesanstalten und dann wieder der Herr Commissarius von der technischen Seite wiederum gegen sie ausgesprochen. Dieser thatsächliche Irrthum ist dadurch veranlaßt, daß auf § 7 und 11 des Berichtes die Erklärung des Herrn Commissarius erwähnt und nachher als Anhang zum Bericht eine ausführliche, keineswegs formulierte Erklärung desselben beigefügt ist, welche mit der ersten identisch ist. Der Abg. Kaiser hat sodann gemeint, der Reichszuzuschuß habe sich dahin ausgesprochen, daß nur die Bewilligung eines Staatszuschusses ihm die Berechtigung zur Begründung einer Reichsanstalt zu geben scheint. Das ist doch wohl nicht richtig. In der Rede des Reichszuzuschusses vom 2. April d. J. heißt es nach dem stenographischen Bericht: „Mein Interesse an der ganzen Bearbeitung der Sache wird sehr abgeschwächt, sobald ich erkennen sollte, daß das Prinzip der Unterlassung des Staatszuschusses definitiv zur Annahme käme, daß die Stimmung der Landesgesetzgebung gegen den Staatszuschuß sich ändere.“ Dann würde damit die Sache rein in das Gebiet des freien Verkehrs loszusagen gegeben werden; man würde dann die Versicherer der Privatindustrie vielleicht besser überlassen, als das man eine staatliche Einrichtung ohne Zwang hat. (Abg. Kaiser: Hört! hört!) Denn ich würde nicht den Muth haben, den Zwang auszusprechen, wenn der Staat nicht auch gleichzeitig einen Zuschuß anbietet.“ W. S. das heißt doch weiter nichts, als: wenn wir ein solches Unfallversicherungsgesetz machen, in dem wir gegen den Arbeiter einen Zwang ausüben, so sei es ganz gerecht, auch dem Staatszuschuß zu bewilligen zur Subvention derjenigen Arbeiter, welche nicht die Prämie selber tragen können. Es heißt aber nicht, daß die Bewilligung des Staatszuschusses als Basis genommen sei und als Rechtfertigung für den Vorschlag einer Reichsversicherung.

Abg. Kaiser glaubt contrariere zu müssen, daß das vorgeschlagene Gesetz aus der Bismarckschen Rede seine frühere Fassung nur bestätige und bemerkt dem Abg. Frege, daß in Meiningen auch eine sehr bedeutende Privatindustrie bestehe.

In der Abstimmung wird der Antrag Buhl gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Socialisten abgelehnt; damit ist auch der Antrag Auer befehligt. Der Antrag des Abg. Richter (Hagen) mit 130 gegen 109 Stimmen verworfen und § 2a mit 106 gegen 106 Stimmen nach dem Beschlusse der Commission angenommen. — Damit ist § 3 der Vorl. (die Reichsversicherungsanstalt hat ihren Sitz in W.) befehligt.

§ 4 lautet: „Zur Vermittelung des Geschäftes Lehrers der Landesversicherungsanstalt mit den Beteiligten, insbesondere der Feststellung und Erhebung der Prämien, sowie der Feststellung der Entschädigungen wird jeder Bundesstaat eine oder mehrere Verwaltungsstellen errichten. — Die bei Wahrnehmung dieser Geschäfte entstehenden Kosten sind insoweit von der Landesversicherungsanstalt zu tragen, als sie in baaren Einlagen für Tagegelter und Reisekosten von Beamten oder Beauftragten der Landesversicherungsanstalt, sowie in Gehältern von Beamten und Sachverständigen bestehen.“

Kreuz befehligt seinen Antrag unter Hinweis darauf, daß man nur den Anforderungen der Billigkeit gerecht werde, wenn man bei Feststellung der Prämien und der Entschädigungen die Prämienzahler, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, miteinwirken lasse. Der Modus der Heranziehung derselben sei durch Reglement der Landesregierungen zu regeln.

Abg. Stumm widerspricht dem Antrage, der einen Apparat schaffe, welcher die Verwaltung, anstatt sie im Interesse der Beteiligten möglichst zu vereinfachen, nur erschwere. Wie wolle man diese Collegien zusammensetzen? Durch Wahl? Dann zeitige man damit alle Uebelstände, die mit solchen allgemeinen Gremien verbunden seien. Durch Ernennung? Dann construire man für jeden Verwaltungsbezirk eine Art Volkswirtschaftsrath, was gewiß auch unzutraglich sei. Uebersieht man sich nicht die einfache Verwaltungsgeschäfte, die am besten durch wenigst umfangreiche Behörden erledigt würden.

Reichsgefes festgestellt wissen. Schließlich sollen die Tarife nach der Commission gleichfalls reichsrechtlich, nach der Vorlage durch den Bundesrath bestimmt werden. Hierzu liegt ein Antrag des Abg. Grad vor, die Tarife und die Bestimmungen über die Bildung des Reservefonds durch die Landesgesetzgebung feststellen zu lassen.

Abg. Grad hält es für eine Consequenz des § 2a, gefassten Beschlusses, daß den Einzelstaaten auch die Feststellung der Tarife und die Bestimmungen über die Bildung des Reservefonds überlassen werden. Aufgabe der Landesanstalten könne es doch nicht sein, Gewinne zu erzielen, sondern nur die Ausgaben zu decken; diese würden aber in den einzelnen Staaten durchaus verschieden sein.

Abg. v. Sölder hält es gleichfalls für unzulässig, hier von dem im § 2a angenommenen Prinzip abzugehen. Sollen die Versicherungsanstalten einmal Landesanstalten sein, dann sei es unmöglich, die Tarife der reichsrechtlichen Feststellung zu überlassen. Die Höhe der zu zahlenden Prämien hänge von der Statistik ab, die in den einzelnen Ländern verschiedene Ergebnisse liefern werde. Außerdem würde eine centralisierende Regelung der Tarife zur Folge haben, daß einzelne Landesanstalten Ueberhörsche erzielen, andere Deficit.

Die §§ 5 und 6 werden in der Commissionfassung unter Ablehnung der gestellten Anträge angenommen. Der § 7 lautet nach dem Vorschlage der Commission: „Gegenstand der Versicherung ist der Ertrag des Schadens, welcher durch eine Körperverletzung, die eine völlige oder theilweise Arbeitsunfähigkeit von mehr als 2 Wochen zur Folge hat oder durch Tödtung entfällt.“ Die Regierungsvorlage hatte 4 Wochen als Grenze vorgeschlagen. Servaes und Genossen beantragen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, also eine Karenzzeit von 4 Wochen. Eysoldt, unterstützt von der Fortschrittspartei, und der Abg. Auer beantragen auch die Karenzzeit von 2 Wochen zu streichen.

Abg. Servaes: Die Unglücksfälle, welche eine Arbeitsunfähigkeit unter 4 Wochen zur Folge haben, gehören eigentlich in das Gebiet des Krankenversicherungswesens, und man soll sie daher aus diesem Gesetze ausschneiden und die Fürsorge für sie kleineren Kreisen überlassen, wie gefehert der Abg. Richter ganz richtig ausgeführt hat.

Abg. Eysoldt: Meine Freunde beantragen, die Karenzzeit gänzlich wegzulassen zu lassen. Es kann keine schwerere Kritik des Gesetzes geben, als daß es selbst zugesetzt, die weitaus größte Zahl der Unglücksfälle ausschließen zu müssen. Die Unglücksfälle, welche eine Arbeitsunfähigkeit unter 4 Wochen zur Folge haben, betragen ca. 80-90 % sämmtlicher Unfälle. Warum ist es denn in Privatversicherungen möglich, ihre Wirksamkeit auch auf diese Unglücksfälle zu erstrecken? Die Befürchtung, daß beim Wegfall jeder Karenzzeit die Simulation erleichtert werde, theile ich nicht. Die Sache liegt doch hier anders, wie bei allgemeinen Krankenversicherungen, der Simulant müßte doch die Verletzung nachweisen, der Act des Unfalls müßte constatirt sein. Bei den meisten Verletzungen kommt es gerade darauf an, daß in den ersten Tagen die nöthige ausreichende Hilfe geleistet wird, um einen gefährlichen Verlauf der Verletzung zu verhüten. Darin liegt ein wichtiges Moment für den Wegfall jeder Karenzzeit. Wenn man hier immer hört, welche Humanitätsprinzipien die Reichs- oder Landesversicherungsanstalten betheiligen sollen und dann sieht, daß mehr als 80 Proc. aller Unglücksfälle ihrer Thätigkeit entzogen werden sollen, so kommt man auf den Verdacht, daß mit einem gewissen Grade von Scheinheiligkeit operirt wird. Ich bitte aber auch zu beachten, daß nach dem jetzt bestehenden Rechte der Arbeiter für alle Verletzungen, die nicht durch seine eigene Schuld erfolgen, vom ersten Tage an Entschädigung zu verlangen hat. Wir würden also durch den Beschluß der Commission die Arbeiter schlechter stellen als jetzt und von den Schultern der Arbeitgeber eine Verpflichtung abwägen und diese auf die Krankenversicherungen übertragen, d. h. indirect auf die Arbeiter, da diese zu den Krankenversicherungen beitragen müssen. Die Revision des Unfallgesetzes steht noch in weitem Felde. Wer weiß, wie der nächste Reichstag darüber denkt. Käme sie zu Stande, so wäre es dann noch immer Zeit, eine Karenzzeit einzuführen.

Berlin, 1. Juni. Man macht sich hier darauf gefaßt, daß die Hamburgische Bürgerchaft die Ueberkunft wegen des Zollanfalls zunächst ablehnen, daß aber der Senat sich bei dem ersten Botum nicht beruhigen und die Vorlage mit besserem Erfolge wiederholen werde. Die Uebereinkunft ist auf darauf eingerichtet, daß der Reichstag die Bewilligung eines Beitrags des Reichs bis zu 40 Mill. in dieser Session ablehnen werde. Der Anschlag Hamburgs erfolgt am ersten October 1888 wenn der Reichstag in dieser Session zustimmt, am 1. October 1889 wenn die Zustimmung des Reichstags erst in der nächsten Session erlangt wird. Auch ein einmaliges ablehnendes Botum des Reichstags würde demnach die Vereinbarung zwischen Reichsregierung und Hamburg nicht hinfällig machen, sondern nur die Ausführung derselben verzögern. Die „Provinzial-Correspondenz“ wird aber wohl noch bessere Gründe für die Zustimmung des Reichstags beibringen müssen, als diejenigen sind, mit denen sie heute operirt. Die schuzölonerische Majorität hat schwerlich Lust, das Vergnügen, der bösen Fortschrittspartei einen Streich zu spielen, mit 40 Mill. zu bezahlen. Hoch komisch ist übrigens die Art, wie die „Proo.-Corresp.“ das Verfahren des Reichszuzuschusses vertheidigt, indem sie schreibt: „Indem er (der Reichszuzuschuss) ihnen, d. h. den Hansestädten, den Weg zu Verhandlungen über Bedingungen zum Eintritt zeigte, wollte er ihnen den Entschluß zum Aufgeben ihrer Sonderstellung leichter machen. Zugleich aber suchte er die ganze Angelegenheit von allen Unklarheiten und Mißverständnissen zu befreien, indem er alle diejenigen Rechte und Vortheile für das Reich in Anspruch nahm, auf welche dasselbe einstweilen in Rücksicht auf die Hansestädte, aber in Hoffnung auf das baldige Fallenlassen ihrer Freiheitsstellung verzichtet hatte.“ Das ist also die offizielle Erklärung der Experimente, welche der Reichszuzuschuss seit Jahresfrist mit dem die Freiheitsstellung der Hansestädte garantirenden Artikel 34 der Reichsverfassung angefaßt hat. Da ist es allerdings kein Wunder, daß wie die „Proo.-Corresp.“ sich ausdrückt, auch ein Theil der Liberalen von der Fortschrittspartei sich in's Schlepptau nehmen und verleihen ließ, dem Kanzler die Verfolgung seines „nationalen, idealen“ Zieles zu erschweren. Die Herren v. Bennigsen u. Gen. werden nicht wenig erlaucht sein zu erfahren, daß sie im Schlepptau der Fortschrittspartei sich befanden, als sie im Mai vorigen Jahres durch den Mund des Hrn. v. Bennigsen gegen eine Politik protestirten, welche auf dem Mißbrauch der Macht Preußens gegenüber einem schwachen Bundesgenossen beruhte. Wenn übrigens die Leser der „Proo.-Corresp.“ nicht auf alles selbständige Denken verzichtet haben, so werden sie doch vielleicht die Frage stellen, worin denn der Erfolg des Reichszuzuschusses bestehe, da die Freiheiten, wenn auch in beschränkter Form, den Hansestädten verbleiben, das Ziel des Reichszuzuschusses aber das war, den Hansestädten das Fallenlassen ihrer Freiheitsstellung „leichter zu machen.“ — Die vielgerühmte Einigkeit der nationalliberalen Fraction ist in der gestrigen Sitzung der Commission für den Nachtragsetat, betreffend die Diäten für den deutschen Volkswirtschaftsrath in die Brüche gegangen. Herr v. Cuny hat es sich nicht nehmen lassen, mit den Conservativen und zwei Mitgliedern des Centrums für Bewilligung von Diäten zu stimmen. Ob der Commissionsschluß die Zustimmung des Plenums erhält, bleibt zweifelhaft. Es wird sich darum handeln, ob Dr. A. der v. Schorlemer-Alk die Majorität des Centrums auf seiner Seite hat. Auf alle Fälle wird der Reichstag das Vergnügen haben, den Entwurf der Handelsordnung wegen Errichtung des Volkswirtschaftsraths vor der Publication gedruckt zu lesen. — Die „Kreuzzeit.“ entsetzt sich darüber, daß der Abg. Richter in der vorgestrigen Abend Sitzung die Auszahlung des unbeschuldsfähigen Kaufes beantragte, obwohl gerade die Liberalen in der Sitzung am schwächsten vertreten waren. Selbst ein conservatives Gemüth müßte doch einräumen, daß der Abg. Richter gerade wegen der Abwesenheit vieler Liberalen berechtigt war, die Auszahlung zu veranlassen.

Der Kaiser hat dem bairischen Premier-Minister v. Luz das Großkreuz des rothen Adler-Ordens verliehen.

Dem Regierungsbaurath v. Dehn-Rotzfeller ist das Decernat in Angelegenheiten der Kunstdenkmäler in Preußen definitiv übertragen worden. An seine durch den Uebertritt in das Cultusministerium erledigte Stelle in Potsdam ist der Regierungsbaurath Nath-Stettin (früher in Elbing) versetzt worden.

Die Petitions-Commission beschloß gestern, die Petitionen wegen Ulag eines Gesetzes, betreffend den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren, dem Reichszuzuschuss zur Erörterung mit Bezug auf das von einigen Jahren dem Reichstage vorgelegte Gesetz zu überweisen.

Der Abg. Eugen Richter veröffentlicht folgendes Schreiben: „Herr Hofprediger Sölder verbreitet wieder Unwahrheiten. Am vorigen Freitag behauptete er mich u. A. nach dem Bericht des „Reichsboten“ in der Tonhalle der „Infamie“, der „Gottlosigkeit“ und „Frisivolität“, weil ich in der Dortmund-Berlammung geküßert hätte.“ Ein Bierbrauer, der ein gutes Bier braut, hat ebenjoviel Verdienste um das Bedeihen des Volkes wie ein Pastor mit seinen Moralpredigten.“ In Wahrheit habe ich in Dortmund bei Besprechung der Steuerprojekte und des Verhältnisses der Volksgetränke zu einander behauptet, daß um die Bekämpfung des verderblichen Schnapsgenusses im Volke ein Brauer, der ein gutes Bier braue, sich ebenso viel Verdienst erwerbe, wie ein Pastor mit seinen dagegen gerichteten Moralpredigten. — Ohne irgendwie den Zusammenhang meiner Rede klarzustellen, genügt es Herrn Sölder, obiges Verdammungsurtheil zu fällen unter Berufung darauf, daß er obige Aeußerung von mir in dem Bielefelder Blatte seines Freundes Dieze gelesen, wo sie allerdings in gleicher Weise entfällt und aus dem Zusammenhang geissen gefanden hat. Eug. Richter.“

Gericht geltend machte, ist nun definitiv zurückgewiesen worden, so daß binnen Kurzem das hiesige Landgericht über die Ansprüche des Klägers zu entscheiden haben wird.

Die Gläubiger-Corvette „Victoria“ (10 Geschütz, Commandant Corvetten Capitän Valois), ist am 10. Mai c. von Bahia nach Rio de Janeiro und die Gläubiger-Corvette „Niobe“ (10 Geschütz, Commandant Corvetten Capitän Sattig) am 31. Mai c. von Kiel nach England, in See gegangen.

[Schiffsbewegungen.] Das Datum vor dem Dreieck bedeutet Ankunft dajelbst, nach dem Dreieck Abgang von dort. Gläubiger-Corvette „Ariadne“ 9/2. Calao 11/3. — 12/4. Valparaiso. (Poststation: Plymouth.) Kanonenboot „Delphin“ 30/4. Nordecken. (Poststation: Nordecken.) Gläubiger-Corvette „Freya“ 26/2. Hongkong 29/3. — nach Batavia. (Poststation: 9/4. — 11/4. Hongkong. — Beabsichtigt nach Aufbruch von Kohlen zc. nach den Bracell-Inseln zurückzukehren. (Poststation: bis 16/6. Batavia auf Java.) Kanonenboot „Friedrich Carl“ 13/5. — 16/5. Kiel. (Poststation: bis 7/6. Kiel, vom 8/6 ab Aufbruch nach Apia zu gehen. (Poststation: Auslauf auf Neuseeland.) Gebiete Corvette „Gerttha“ 10/3. Melbourne 27/3. (Poststation: Hongkong.) Kanonenboot „Häme“ war telegraphischer Nachricht zufolge 21/5. in Brisbane 26/5. — nach Batavia. (Poststation: Aden.) Kanonenboot „Itis“ 26/3. Manila 27/3. — 29/3. Cebu. (Poststation: Hongkong.) Kanonenboot „Kronprinz“ Wilhelmshaven 19/5. — 24/5. Kiel. (Poststation: wie „Friedrich Carl“.) Kanonenboot „Konstantinopel“ — Letzte Nachricht von dort 19.5. (Poststation: Konstantinopel.) Gläubiger-Corvette „Luise“ Wilhelmshaven 18/5. — nach Arendal. (Poststation: bis 11/6. Kiel, vom 12/6. ab Sminemünde.) Kanonenboot „Niobe“ 2/3. Melbourne 23/3. (Poststation: Auslauf auf Neuseeland.) Gebiete Corvette „Nolke“ 4/5. Funchal (Madeira) 4/5. — nach Rio de Janeiro. (Poststation: Panama.) Kanonenboot „Nautilus“ Brisbane 3/5. durch die Torres-Straße. (Poststation: Aden.) Segelfregatte „Niobe“ Kiel (Poststation: bis 13/6. Dover (England) vom 14/6. ab Dartmouth.) Gläubiger-Corvette „Nymphe“ 26/3. St. John's (Bermuda) 30/4. — 9/5. Norfolk. (Poststation: bis 4/6. Norfolk, vom 5/6. ab Boston.) Kanonenboot „Preußen“ Kiel. (Poststation: wie „Friedrich Carl“.) Segelfregatte „Rover“ 11/4. Friedrichsort. (Poststation: Friedrichsort.) Gebiete Corvette „Stoß“ 26/4. Rhode Funchal (Madeira). Beabsichtigt am 1/5. nach Capstadt zu gehen. (Poststation: Batavia auf Java.) Segelfregatte „Undine“ 11/4. Friedrichsort. (Poststation: Friedrichsort.) Gläubiger-Corvette „Victoria“ 3/4. Porto Grande (Brasilien) Gebiete Corvette „Vineta“ 16/5. Hongkong. (Poststation: Capstadt.) Kanonenboot „Württemberg“ Sminemünde 13/5. — 14/5. Kiel. Kanonenboot „Wolf“ Befand sich am 21/4. in Shanghai. (Poststation: Hongkong.)

London, 1. Juni. Unterhaus. Der Präsident des Handelsamtes, Chamberlain, theilte dem Hause mit, daß die englische Regierung die ausländischen Regierungen zur Einigung über ein internationales Abkommen zur Einigung über ein internationales Abkommen bezüglich der von den Fischern zu führenden Fische aufzufordern habe.

Sularest, 1. Juni. Die Kammer hat gestern die Convention mit Belgien über die Fabrikmarken-Verordnung genehmigt. Von dem Deputierten Jozens wurde abermals eine Interpellation über die massenhafte Einwanderung von Juden aus Rußland an die Regierung eingebracht. (W. Z.)

(Fortsetzung der Politik in der Beilage.)

Danzig, 2. Juni.

[Telegraphisches Wetter- Prognostikon der deutschen Seewarte für Freitag, den 3. Juni.] Wechselnde Bewölkung mit schwacher Luftbewegung ohne wesentliche Wärmeänderung. Etwas Regen. Neigung zur Bildung von Gewittern.

Die Vorstellung des Commandos für die Ueberführung der gedekten Corvette „Elisabeth“ von Danzig nach Kiel fand, wie man uns aus Kiel schreibt, dort vorgestern Vormittag vor dem dazu bestimmten Commandanten, Corvetten Capitän Beck, statt. Der Stab desselben besteht aus dem Capitän-Lieutenant v. Ehrhardt als erstem Offizier, dem Lieutenant zur See Hildebrandt, Mirre und Bauendahl und dem Maschinen-Unter-Ingenieur Niemann. Die gedekte Corvette „Elisabeth“, bestimmt zur Abführung der Corvette „Gerttha“ auf der ostasiatischen Station, ist bekanntlich auf der kaiserlichen Werft zu Danzig einer größeren Reparatur unterworfen gewesen, und sie soll nunmehr vor ihrer Indienststellung und Reise nach Ostasien die programmmäßigen Maschinen-Probefahrten abhalten und außerdem mit Torpedoeinrichtungen versehen werden. Die „Elisabeth“ wird zu diesem Zweck am zweiten Pfingstfeiertage hier provisorisch in Dienst gestellt werden. Die früher berichteten Probefahrten des Torpedoschiffes „Zieten“ zur Feststellung des Aufwandes von verschiedenen Schrauben-Systemen sind durch die Zuspätkommen eines bedeutenden Theils des Personals zur Ueberführung der Corvette „Elisabeth“ vorläufig sistirt worden. Das Artillerieschiff „Mars“ soll nunmehr auch Torpedoeinrichtungen erhalten und als solches die betreffenden Einrichtungen erhalten.

Seit gestern werden auf den Abfahrtsstationen Danzig (Vegethor), Braunsberg, Bromberg, Dirschau, Elbing, Graubenz, Insterburg, Königs, Kreuz, Schneidemühl, Thorn, Warlubien wieder die schwächsten Klassen Retourbilletts (Borbilletts) II. und III. Klasse nach Berlin für solche Reisende verausgabt, welche von Berlin mittelst Rundreise, oder Saisonbillet ihre Reise fortsetzen wollen. Die Ausgabe dieser Billets erfolgt bis zum 20. September.

Mit dem gestrigen Tage sind die neuen Fahrposten der Landbriefträger in Betrieb getreten. Vom 10. Juni d. J. an werden Abonnementsfahrkarten für Erwachsene für die I. II. und III. Wagenklasse im Verkehr zwischen allen Stationen und Haltestellen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg nach den folgenden Bestimmungen ausgeben. Die Karten werden je nach Wunsch entweder auf einen, zwei, drei oder sechs Monate oder endlich auf ein Jahr zu jeder Zeit, d. h. von jedem Tage eines Monats ab, ausgestellt. Die Berechnung des Abonnementspreises erfolgt unter Zugrundelegung des tarifmäßigen Fahrpreises für gewöhnliche Personenzüge für je eine tägliche Fahrt in jeder Richtung, wobei der Monatliche Betrag in jeder Richtung angenommen wird, mit einer zu dreißig Tagen angenommenen Abwesenheit von 40 bis bei einem Abonnement auf zwei Monate, 50 bis bei einem Abonnement auf 3 Monate, 60 bis bei einem Abonnement auf 6 Monate, 70 bis bei einem Abonnement auf 1 Jahr. Ein Billetts bei einem Abonnement ist nicht erforderlich, die Quittung von 10 M. ist dagegen beizubehalten worden. Für die Karte selbst wird nichts berechnet. Zeitgeld wird nicht gezahlt. Die Karten berechnen während ihrer Dauer zur beliebigen Fahrt auf der darin angegebenen Bahn-

strecke mit allen fahrplanmäßigen, die betreffende Wagenklasse fahrenden Zügen. Die Bestellung einer Abonnementkarte hat spätestens 8 Tage vor Beginn des Abonnements bei der Billetexpedition oder dem vorgesetzten königlichen Eisenbahn-Betriebsamt zu geschehen. Der Finanzminister hat die Regierungen durch Circularerlaß vom 25. v. Mts. angeordnet, seine Verfügung vom 24. v. Mts., nach welcher der Erlaß an Klassen- und klassificirte Einkommensteuer nicht für die drei Monate Januar, Februar und März 1882, sondern vielmehr für die drei Monate Juli, August und September 1881 stattfinden soll, schleunigt durch das Amtsblatt und die Kreisblätter zur öffentlichen Kenntniss zu bringen. Auch soll in den Gemeinden in vorstählender Weise die betreffende Bekanntmachung erfolgen.

Zur Befreiung von Zweifeln, welche aus Anlaß eines Bundesratsbeschlusses über die Erhebung der statistischen Gebühr für Wassergüter entstanden sind, hat der Finanzminister sämtliche Provinzial-Steuerdirectoren benachrichtigt, daß lediglich die Menge der zur Anmeldung gelangenden Wassergüter für die Berechnung der Gebühr entscheidend ist und es namentlich nicht darauf ankommt, ob die angegebenen Mengen eine volle Wagenladung bilden. Eine Wagenladung von Wassergütern ist Gewichte von mehr als 10000 Kilo unterliegt daher, wenn über die geladene Ladung nur ein Anmeldebüchlein bzw. ein Frachtbüchlein oder eine Declaration abgegeben ist, der statistischen Gebühr und es sind ferner beizubehalten für 10000 Kilo unversaptes Rohobeln oder für 10000 Kilo Cement in Fässern je 20 M. an statistischer Gebühr zu zahlen. Enthält eine Wagenladung mehrere geforderte Einheiten, über welche verschiedene Anmeldungen v. f. w. abgegeben sind, so ist für die in einer und derselben Anmeldung abgegebenen Wassergüter, wenn sie in ganz oder theilweise verpacktem Zustande eine Menge von mehr als 500 Kilo, oder unvertapete eine Menge von mehr als 1000 Kilo, zu fassen, die Gebühr für je 10000 Kilo, mit 10 M. zu erhöhen und für Bruchtheile dieser Mengen einbettend von 10000 Kilo, die volle Gebühr zu berechnen.

Nach einer im heutigen Marine-Verordnungsblatt publicirten allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 24. Mai soll das Stabpersonal der Marine zum 1. April f. J. aufgelöst werden.

Herrn Rechnungsrath, Hauptmann a. D. Berni ist aus Anlaß seines gerade beangenen 50jährigen Amtsjubiläums der rothe Adler-Orden 4. Klasse verliehen worden.

Der Referendar Dr. Stein aus Danzig ist zum Gerichts-Assessor ernannt worden. Ein aus angesehenen Kaufleuten und Technikern Königsbergs bestehendes Comité veröffentlicht in östpreussischen Blättern einen Aufruf zur Gründung eines westpreussischen Provinzial-Vereins zur Förderung der Fluß- und Canal-Schiffahrt, welcher sich an den deutschen Central-Verein anschließen soll. Sobald eine genügende Anzahl von Mitgliedern eingegangen ist, wird eine Generalversammlung zur Konstituierung des Vereines und zur Festlegung des Statuts nach Königsberg berufen werden.

Schneidemühl, 1. Juni. Unsere Stadt erfreut sich in jeder Beziehung eines besondern Aufschwungs. Mit in erster Linie ist das Fabrikwesen gefördert worden. In allen Ecken und Enden erheben sich die hohen Fabrikdächer, die von Maschinenwerkstätten, Ziegelmöhlen, Schneidemöhlen, Mählmaschinen zc. zc. soll hier eine Fabrik eigener Art errichtet werden. Der Unternehmerr ist der Fabrikbesitzer Ernst Schneider. Es wird derselbe eine Knochen- u. Enteisungs-Anlage begründen nach dem Patente Nr. 10196 von Friedrich Sellmaus aus Försheim in Bayern. Täglich sollen 100 Ctr. Knochen verarbeitet werden. Das Fett soll nicht mehr mit Wasser ausgekocht, sondern durch Benzin extrahirt werden. Das Benzin wird in Dampf verwandelt und dieser Dampf löst das in den Knochen befindliche Fett durch einen Destillirapparat wird dann das Gemisch wieder gesondert. Eine Klüßschlange führt das Benzin wieder in das Retortrohr zurück, während das flüssige Fett abgezogen wird. Das neue Fabrikgebäude wird auf dem neu entstandenen Stadttheile jenseits der Knedow errichtet werden.

Berlin, 1. Juni. Der Votz Briefsch (als Werthe), der seinem Prinzipal 21000 Mtl. unterschlagen hat, wird verfolgt.

Das Deutsche Theater soll — nach Angabe der „Berl. Börsen-Ztg.“ — einen neuen Theilnehmer in der Person des Herrn Dr. Förster, des gegenwärtigen Directors des Leipziger Stadttheaters, erhalten haben. Für Herr Förster, die abgethan hat, ist Herr Sauerland in Aussicht genommen.

Wien, 1. Juni. Aus Anlaß seines heutigen 25jährigen Jubiläums ist dem Hofschänkeleier Adolph Sonnenthal vom Kaiser der Orden der eisernen Krone dritter Klasse verliehen worden.

Bern, 28. Mai. Wie man aus Genf meldet hat die in Marseille stattgefundenen Verhandlungen des Wächlers Amoretti die wegen der in jener Stadt betriebenen Fabrication orientalischer Münzen eingeleitete Untersuchung bedeutend erleichtert, da es sich jetzt herausgestellt hat, daß dieser der Hauptanstifter der Fälschung sowohl der türkischen als der ägyptischen und tunisischen Münzen ist und die französische Regierung sich bereit erklärt hat, denselben dem zuständigen Gerichte in Frankreich zu überreichen. Folgende dessen hat sich die Frage der Genf Angehörigen betreuend verhandelt; der Genfer Greubler Georg Bovy ist schon gegen Bürgschaft auf freien Fuß gesetzt worden.

In Chicago hat ein gewisser John Griscom am 28. d. ein 45tägiges Falen, angeblich unter ärztlicher Aufsicht, begonnen. Er giebt vor, dasselbe im Interesse der Wissenschaft unternommen zu haben.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 2. Juni. Der Reichstag hat bei der weiteren Beratung des Unfallversicherungsgesetzes den Antrag v. Kleist auf Staatszuschuß mit 185 gegen 39 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur die Mehrzahl Conservativen, die Socialdemokraten und die Abgg. Lucius und v. Butt-kamer. Der Commissionsantrag wurde dann angenommen.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Table with columns for various commodities like Weizen, Roggen, Spiritus, etc., and their prices in Berlin, dated June 2nd.

Danziger Börse.

Amliche Notierungen am 2. Juni. Welker loco fast geschäftslos, 700 Tonne von 2000 M feingelagert u weiß 125-130/215-235 M Br. hochbunt 125-129/210-220 M Br. hellbunt 117-128/190-220 M Br. 192-203 bunt 117-128/190-205 M Br. 1 M bez roth 117-128/190-205 M Br. ordinair 104-129/155-190 M Br. Regulirungspreis 126/2 bunt lieferbar 200 M.

Auf Lieferung 126/2 bunt 700 Tonne Juni-Juli 200 M bez, 700 Tonne Juli-August 202 M Br., 201 M Gd., 700 Tonne Sept.-Okt. 197 M Br., 196 M Gd. Roggen loco fest, 700 Tonne von 2000 M großbunt 700 Tonne 190 M Regulirungspreis 120/8 lieferbar 200 M, unterpolt. 190 M, tranf. 190 M.

Auf Lieferung 700 Tonne inländ. 200 M Br., tranf. 190 M Br., 700 Tonne Sept.-Okt. tranf. 164 M Gd., 700 Tonne Oct.-Nov. tranf. 163 M Br. Rübsen loco 700 Tonne von 2000 M Auf Lieferung 700 Tonne inländ. tranf. 242 M Br. Wechsels- und Fondscourfe. London, 8 Tage, — gem. 1/4 M. Preussische Consolidirte Staats-Anleihe 105,25 Gd. 3/4 M. Preuss. Staats-Schuldversch. 98,50 Gd. 3/4 M. Weillr. Pfandbriefe, ritterschaftl. 92,45 Gd. 4 M. do. do. do. 101,00 Br. 1/2 M. do. do. Neu-Landchaft 103,25 Br. 5 M. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe vari rückzahlbar 102,10 Br. 5 M. Marienburger Papiere- und Holzwaaren-Fabrik 84,00 Br. 5 M. Marienburg-Miawler Eisenbahn 99 Br. Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, 2. Juni 1881. Getreide-Börse. Weiter: Vormittags trübe, dann klare trodene Luft. — Wind: W., dann NW. Weizen loco entbündelt am heutigen Markte fast jede Kaufkraft, und sind nur einzelne Partien zu unbedingten Preisen an die Conjunction verkauft. 30 Tonne sind überhaupt nur gehandelt und ist bezahlt für inländisches hellbunt 117/192 M, hellbunt 120/198 M, für polnischen zum Tranfite hochbunt 123/3, 125/6, 126/7, im Durchschnitt 2,5 M., für russischen zum Tranfite hell 124/7 203 M, 700 Tonne Termine Tranfite Juni-Juli 200 M bez, Juli-August 202 M Br., 201 M Gd., Sept.-Okt. 197 M Br., 196 M Gd. Regulirungspreis 200 M. Gehändigt wurden 100 Tonne. Roggen loco fest und polnischer zum Tranfite 120/7 zu 190 M, 120/1/2 zu 190 1/2 M. 700 Tonne gekauft. Termine Juni-Juli inländischer 200 M Br., Juni-Juli Tranfite 190 M Br., Sept.-Okt. Tranfite 163 M Br. Regulirungspreis 200 M, unterpolnischer Tranfite 190 M, Tranfite 190 M. Gehändigt wurden 50 Tonne. — Gerste loco große 105/7 brachte 145 1/2 M. 700 Tonne. — Hafer loco russischer verpolt 152 M. 700 Tonne. — Spiritus loco nicht zugeführt.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 1. Juni. — Wind: W. Angekommen: Venus (SD), Walter, Amsterdamm (via Kopenhagen), Güter. — Confal (SD), Bremen, Newcastle, Koblent. Gesegelt: Von Accord (SD), Smith, Riga, leer. — Catharina, Waack, Dänemark, leer. — Sverige (SD), Fagerlund, Kopenhagen, Getreide. — Arendal, Thorensen, Björneborg, Ballast. 2. Juni. Wind: W. Angekommen: Banchorn (SD), Bisset, Buratinsk, land, Koblent. — Minnie (SD), Ramson, Flensburg; leer. — Heinrich, Wien, Altona, Koblent. Alexandra (SD), Abrecht, Antwerpen (via Stettin), Güter. Gesegelt: Nord, Knudsen, Remoy, leere Fässer und Ballast. — Carlshamm (SD), Rodhe, Carlström, leer. Nicht in Sicht.

Thorn 1. Juni. — Wasserstand: 2 Fuß 11 Zoll. Wind: W. — Wetter: klar, schön, heiß. Stromauf:

Von Graudenz nach Thorn: Schülze, Schadow, Meurerhne. Von Danzig nach Wloclawek: Schäfer, Stewert, Steinbohn. Von Danzig nach Warschau: Gray, Wiedzjewski, glastrieh Tombröfen. — Kap, Id, Hars. — Kreis, Id, Bruchler, Kobelen. — Hensel, Topf, calc. Soda, Lbran, Gwollth, Drechsler, Reiffner, ewst. Soda, Reis, Wasserglas, Farbhöher. — Will, Chemische Fabrik, Salzfäure. — Sandau, Chemische Fabrik, Salzfäure.

Von Danzig nach Thorn: Kottschalk, Stewert, Steinbohn.

Von Danzig nach Dvinnop: Mielke, Topf, Steinbohn. — Kanter, Topf, Steinbohn. — Gerke, Topf, Steinbohn.

Von Danzig nach Warschau und Thorn: Sträger, Id, Hars, Wein zu Kaffien und in Kitten. — Kran, Id, gepreßtes Glas, Searin, Farbehölz, Camothon, Wein in Fässern, Reis, Sarnals. — Kottschalk, Reiffner, Lindenberger, Kest, Actylat, Holzwaaren, acerbtes Glas, Borzellanerde, Gollpott, Feldpott, Eisenwaaren, Ketten, Reis, Papier, cyrl. Soda, Firnis, Zinkweiß, Bleiweiß, Canariensaft, Cocousöl.

Von Danzig nach Pod: Pöf sen, Kleemann, Stewert, Petroleum, Steinbohn.

Von Danzig nach Wloclawek u. Pod: Pöf jun., Kleemann, Petroleum, Steinbohn.

Von Jungsfern die Ebng nach Thorn: Ries, Ries, Käse.

Von Kugebrak nach Thorn: Schneider, Brommundt, Manerhne.

Stromab: Rosenblatt, Rosenblatt, Dubinka, Danzig, 5 Tr., 2187 St. Planonsk, 2 St. Rundklee, 1506 St. Balken und Mauerlatten, 608 St. Steper, 2696 St. eich. Eisenbahnschwelle, 504 St. eichene depp. und 2337 St. kief. Eisenbahnschwelle.

Kauser, Kauser, Sienama, Danzig und Stettin, 4 Tr., 842 St. Planonsk, 1789 St. tann. Balken und Mauerlatten, 14 St. kief. Balken, 16 St. Träger, 350 St. eichene und 1009 St. kieferne Eisenbahnschwelle.

Wiener, S. u. D. Wandel, Sablonki, Danzig, 5 Tr., 14 St. Planonsk, 9 St. Rundklee, 453 St. Rundkleefer, 582 St. Mauerlatten, 486 St. Timbern, 5171 St. Steper, 360 St. Kreuzhölzer, 808 St. eichene u. 6261 St. kief. Eisenbahnschwelle, 185 St. eich. Stabholz.

Edelstein, Wandel, Hezgelud, Danzig, Thorn, 6 Tr., 586 449 Kilogr. Weisen, 7557 Kilogr. Roggen, 7448 Kilogr. Gerste, 9170 Kilogr. Erbsen, 1252 St. Pa ken, 1049 St. Balken und Mauerlatten, 2076 St. Steper, 2550 St. kief. Eisenbahnschwelle, 120 St. eich. Stabholz.

Vieh, Dominik, Kalkfen, Besse, Sidtau, Thorn, Danzig, 1 Kahn, 10000 Kilogr. Stärke, 715 Kilogr. Sontschaden, 434 Kilogr. Andeln.

33epinski, Jezynski, Kaszorek, Thorn, 1 Kahn, 20000 Kilogr. Feldsteine.

Wifod, Wifod, Kaszorek, Thorn, 1 Kahn, 20000 Kilogr. Feldsteine.

Auszug, Auszug Kaszorek, Thorn, 1 Kahn, 20000 Kilogr. Feldsteine.

Schiffs-Nachrichten.

Schwimmende, 1. Juni. Auf der Reise des Schiffes Wilhelm Schütt, von Stettin mit Del nach Leith, fielen am 6. Mai der Jungmann C. Kogelmacher und der Halbmann Krich beim Schwimmen des Klavers vom Kliverbaum. Ersterer fiel, ohne irgend einen Halt zu bekommen, ins Wasser und ertrank, obwohl das Schiff sofort bedeckte. Letzterer hatte sich dermaßen im Tummel verwickelt, daß er mit dem Kopfe nach unten hängen blieb und auf diese Weise gerettet wurde.

Newyork, 17. Mai. Die deutsche Bark „Justitia“ von Glasgow nach Cutham, welche von der Mannschaft verlassen worden war, wurde am 15. April von dem von Rotterdam in Philadelphia angekommenen Schiffe „Bestie Crossby“ passirt; die „Justitia“ war in Brand, nachdem kurz zuvor ein Boot dieselbe verlassen hatte.

Berliner Fondsbörse vom 1. Juni.

Die heutige Börse eröffnet in abgeschwächter Haltung; die Conrsen an den speculativen Gebieten sind niedriger als bei den vorgewendeten Angeboten. Die Tendenz nach weiterhin als wechende. In dieser Richtung waren die weniger günstigen Meldungen und theilweise niedrigeren Notierungen der fremden Börsenplätze von hervorragendem Einflusse; aber auch am hiesigen Platze machte sich besonders Anfangs eine Zurückhaltung der Speculation geltend, die der Umfang des Geschäftes wesentlich beschränkte und die Stimmung herabdrückte. Vorübergehend trat weiterhin eine Befestigung der Tendenz ein. Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen und fremde festes Zins tragende Papiere konnten sich mit gut behaupten. Die Kassawerthe der übrigen Geschäftsgegenstände blieben meist unverändert. Conrsen ruhiger. Der Geldmarkt blieb flüssig. Der Privat-Debit wurde mit 2 1/2 Proc. für feinste Urtheile notirt. Auf dem internationalen Gebiete gingen Oesterreichische und Ungarische Credit-Actien auf ermäßigtem Niveau ziemlich lebhaft um; Wiener Bankvereine ruhiger, Franzosen schwächer und mäßig belebt. Lombarden still. Von den fremden Fonds sind Russische Anleihen als schwächer und ruhig zu nennen. Oesterreichische Ungarische Renten waren ziemlich fest und wenig lebhaft. Deutsche und Preussische Staatsfonds verkehrten in recht fester Haltung ruhig. landesheimische Pfand- und Rentenverleihen gut behauptet und ruhig. inländische Eisenbahn-Prioritäten fest. Der lokale Speculationsmarkt wies gleichfalls schwächere Gesammthaltung auf; Disconto-Commandit-Actien verhältnismässig regem Verkehr. Montanwerthe wurden etwas fest und Dortmund Union Stamm-Prioritäten und Laurahütte zu etwas besserer Notiz ziemlich lebhaft gehandelt. Andere Bank-Actien und Industriepapiere waren meist verändert und ruhig. Der Eisenbahn-Actien Markt zeigte meist abgeschwächte Haltung bei mässigen Umsätzen.

Table of Deutsche Fonds (German Funds) including Deutsche Reichs-Anl., Consolidirte Anleihe, Preuss. Staats-Anleihe, etc., with columns for price and yield.

Table of Ausländische Prioritäts-Obligationen (Foreign Priority Obligations) including Deutsche Reichs-Anl., Oester. Pap.-Rend., Silber-Rend., etc., with columns for price and yield.

Table of Bank- und Industrie-Actien (Bank and Industry Stocks) including Berliner Handelsbank, Reichsbank, Deutsche Bank, etc., with columns for price and yield.

Table of Hypothek-Pfandbriefe (Mortgage Bonds) including Pomm. Hyp.-Pfandbr., II. u. IV. Bm., III. u. V. Bm., etc., with columns for price and yield.

Table of Lotterien-Anleihen (Lottery Bonds) including Bay. Präm.-Anl., Braunsch. Pr.-Anl., Goth. Präm.-Pfdb., etc., with columns for price and yield.

Table of Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien (Railway Stocks) including Aachen-Niederrh., Bergisch-Märk., Berlin-Anhalt., etc., with columns for price and yield.

Table of Wechsel-Course v. 1. Juni (Exchange Rates as of June 1st) including Amsterdam, London, Paris, etc., with columns for rate and yield.

Table of Sorten (Types) including Dukaten, Reichsgeld, etc., with columns for price and yield.

Wetterbericht für die Ostseehäfen vom 2. Juni, 8 Uhr Morgens.

Table of weather reports for Baltic ports including Memel, Neufahrwasser, Swinemünde, etc., with columns for station, wind, weather, temperature, etc.

Meteorologische Beobachtungen.

Table of meteorological observations including station, barometer, wind, thermometer, etc., with columns for various weather metrics.

Nouveautés in Elsasser Waschstoffen

(Satin's, Croisés, Zephyrs, Mousselines)

empfehlte in reicher Auswahl

W. JANTZEN.

Vergnügungsfahrt nach Pukig.

Bei günstiger Witterung macht das Dampfschiff „Pukig“ am 2. Pfingstfeiertage, Montag, den 6. Juni folgende Fahrten:
vom Johanniethore nach Pukig 7 Uhr Morgens,
von Pukig nach Danzig 5 Uhr Nachmittags.
Das Passagiergelt beträgt:

für die erwachsene Person	1,50	für Kinder unter 12 Jahren	—,75
---------------------------	------	----------------------------	------

für die Fahrt von Danzig nach Pukig u. zurück nach Neufahrwasser (Sieben Provinzen) nach Pukig und zurück „ 1,25 „ —,60 „ von Danzig nach Pukig oder umgekehrt „ 1,25 „ —,60 „ von Neufahrwasser nach Pukig oder umgekehrt „ —,75 „ —,30 „
Billette für die Fabrikanten von Danzig sind in der Billetbude am Johanniethor zu haben. Beim Besteigen des Dampfers ist das Billet zur Kupirung vorzulegen. Auf den Zwischenstationen und in Pukig sind Billette auf dem Dampfer zu lösen. Behufs Kontrolle ist das Billet bis zur Beendigung der Fahrt aufzubewahren.

„Weichsel“ Danziger Dampfschiffahrt und Seebad Actien-Gesellschaft.

Emil Berenz.

Seebad Westerplatte.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich die warmen Seebäder.

A. G. Schüler.

Das Schuh- und Stiefel-Depot von August Kaiser,



Heiliggeistgasse (Glockenthor) No. 134, empfiehlt sein reichhaltiges Sortiment von Fußbekleidungen eigenen Fabrikats von nur bestem Material und in geschmackvollsten Facons für Herren, Damen und Kinder zu soliden Preisen.

Die Preise sind den jetzigen Verhältnissen entsprechend für sämtliche Artikel bedeutend ermäßigt; so offerire z. B. Damen-Leberstiefel mit Doppelsohlen, eigene und dauerhafte Arbeit, von 9 M., Knabenstiefel von 7 M. an, ältere Bestände für die Hälfte des Werths. (7660)
Jede Bestellung in Neu wie Reparatur wird wie bereits seit über zwanzig Jahren unter meiner persönlichen Leitung aufs Prompteste und Beste ausgeführt.

Baden-Baden-Lotterie 1. Klasse
Ziehung 7. Juni cr. Loose à M. 2.
Vollloose für alle 5 Klassen à M. 10
Düsseldorfer Silber-Lotterie, Zieh.
15. Juni cr. Loose à M. 3, bei
Th. Vertling, Gerbergasse 2.
Baden-Baden-Lotterie 1. Klasse
Ziehung 7. Juni cr. Loose à M. 2
bei **R. Bisotzki & Co. Breit-**
gasse 134.

Ich bin von meiner Reise zurückgekehrt.
Dr. Block.

Meine Sprechstunden sind jetzt mit Ausnahme der Sonntage, täglich von 9 bis 5 Uhr.

von **Hertzberg,**
Hof-Zahnarzt.

Einem geehrten Publikum Danzigs und Umgegend, erlaube ich mir geborsamt anzuzeigen, daß ich mich von jetzt an als **Sattler und Tapezier** selbstständig etablire und wird es mein Bestreben sein die geehrten Herrschaften in jeder Hinsicht zufrieden zu stellen. Da ich bis jetzt das A. Rogalewskische Sattler- und Tapezier-Geschäft selbstständig geführt habe und mir das beste Vertrauen verschafft, so bitte ich auch fernerhin um geneigten Zuspruch.
Achtungsvoll

Friedrich Röhrs,
Danzig,
Weidengasse 10, part.

Heil. Geistgasse 106.
H. Liedtke,

empfehlte Panzercorsets von M. 1,25, 2 Knöpf. Glacehandschuhe von M. 1,25, Herrenhandschuhe von M. 1,50, Färb-, beinerechts von M. 3, gest. Strümpfen, gut gearbeitet, Hemden, Dolan, Jacken, Unterwäsche, Schürzen, Strümpfe.
Färb. Pflanzenmüll à Pfd. 25 A,
Dill-Gurken in Fässern und einzeln gebe billig ab
N. J. Zander,
Breitgasse 71.

Wasch-Anzüge
für Knaben
und
Mädchen-Kleider
empfehlte
C. Lehmkuhl,
Wollwebergasse 13.

Zelt- und Segel-, Plan- und Marquisen-Leinen, Woll-Säcke
in allen gangbaren Sorten.
Sommer-Pferde-Decken
empfehlte billigst. Preisliste franco.
P. Bertram,
Säde-, Pläne- und Deckenfabrik.
Milchkammengasse 6.

Rehe,
ganz und zerlegt, offerirt die
Wildprethandlung
Trinitatis-Kircheng. 8.

Altjohannländer Synagoge.
Beginn des Festgottesdienstes heute Abend 8 1/2 Uhr, morgen Freitag Beginn des Frühgottesdienstes 8 1/2 Uhr. Predigt 10 Uhr. Sonnabend, den 4. d. Mts., Seelenabendsfeier 10 Uhr.

Mattenbündener Synagoge.
Sonnabend, den 4. d. Mts., Vormittags 10 1/2 Uhr Predigt und Gedächtnisfeier. (7666)
Heute wurde meine liebe Fr. **Martha**, geb. **Remke**, von einem kräftigen Töchterchen glücklich entbunden. Saalfeld, den 31. Mai 1881.
F. Brestler.

Die Verlobung meiner Tochter **Anna** mit dem Amts-Gerichts-Rath **Herrn Edwin Ahmann** hiersehlst erlaube ich mir hierdurch anzuzeigen.
Danzig, den 2. Juni 1881.
Sophie Steimmig
geb. Schnell.

Georg Steimmig, Francisca Steimmig,
geb. **Schattenberg.**
Vermählte.
Eisleben, den 2. Juni 1881.
Am 1. Juni cr., Morgens 5 Uhr, entschlief nach längerem Leiden mein innig geliebter Mann, unser Vater, der Zimmermeister
Wilhelm Schlage,
in seinem 63. Lebensjahre. Dieses zeigen allen Freunden und Bekannten tiefbetruibt an.
Tiegenhof, im Juni 1881.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Marie Schlage, Wittwe,
nebst Kinder.

Gestern Abend 7 Uhr verschied am Lungenschlag meine geliebte Frau, unsere liebe gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Frau
Laise Ulrike Heine,
geb. **Rothe.**
Dies zeigen um stille Theilnahme bittend, tief betruibt an
Stenzlau, den 1. Juni 1881.
Die Hinterbliebenen.

Allen denen, die durch ihr Erscheinen am Be-räbmitage meines Sohnes mit ihre Theilnahme zu erkennen gegeben, insbesondere dem Herrn **Prediger Vertling** für seine trostreichen Worte und den Herrn **Sänger** für ihren erhabenden Gesang sage meinen tiefgefühltesten Dank.
M. v. Müschow.

Auction.
Am 9. Juni cr., Vormittags 9 Uhr, werde ich in meinem Pfand-totale **Pfefferstadt No. 37**, im Wege der Zwangsversteigerung:
gut erhaltene mahagoni und birf. Möbel, als: diverse Stühle, Sophas, Vertilow, Sophasische, Tische, Stühle, Kommoden, Nachtische, Bettgestelle, ferner: Gold- und Silber-Sachen, Gardinen, Leib- und Bettwäsche, Herren- und Damenkleider, Reparatoren, Nähmaschinen, Bilder, ein Gewehr, einen Revolver, diverse Lampen meistbietend gegen sofortige Zahlung versteigern.
Petersson,
Gerichtsvollzieher, Pfefferstadt 37.

Auction.
Die zum 8. Juni cr. angelegte Auction (siehe No. 12813 u. 12816 dieser Zeitung) findet nicht Fleischergasse 72, sondern
H. il. Geistgasse 82
statt.
Stützer,
Gerichtsvollzieher.

Diejenigen Herren, welche sich an der Versammlung des **Danzischen Geschichtsvereins** zu betheiligen beabsichtigen, werden gebeten, ihre Einzeichnung bis spätestens Freitag, den 3. d. Mts., Abends, in dem Bureau des **Local-Comités**, Buchhandlung von **Kiesewetter u. Plath**, Langen Markt 1, gefälligst zu vollziehen und die betreffenden Karten in Empfang zu nehmen.
Das Localcomité.

Neue
Matjes-Seringe,
ital. Kartoffeln,
Spargel
täglich frisch,
Aufträge erbeten, prompte Erledigung.
fetten Ränderlachs
Gothaer und Braunschweiger
Cervelat-Dauerwürst
in allen Größen am Lager,
empfehlte
F. E. Gossing,
Topen- und Portchaisengassen,
Ecke No. 14.

Am 28., 29. und 30. Juni d. J. findet am hiesigen Orte eine Versammlung derjenigen gewerbetreibenden Bäcker Ost- und Westpreußens, welche dem Verbands „Germania“ angehören, statt und wird im Anschluß an dieselbe in den Räumen des

Friedrich Wilhelm Schützenhauses
eine

Austellung

aller in der Bäckerei, Conditorei und Pfefferkücherei verwendbaren Maschinen-Geräthschaften und Rohmaterialien veranstaltet. Fabrikanten und Lieferanten, welche beabsichtigen, sich an der Ausstellung zu betheiligen, werden ersucht bis zum 15. Juni d. J. ihre Anmeldung zu derselben bei Herrn **Bäckermeister G. Sander**, Poststraße 4, einzureichen. Anstellungs-Formulare stehen daselbst zur Verfügung,
Danzig, im Mai 1881.

Das Comité.

Den geehrten Herrschaften und meinen werthen Kunden hiermit die ergebene Mittheilung, daß mein Wagen vom 15. d. Mts. ab jede Woche 2 mal nach

Zoppot, Oliva u. Jäschkenthal

fährt und bitte Bestellungen möglichst früh in meinem Comtoir **Langenmarkt 20** abzugeben, um möglichst prompt effectuiren zu können.

Hochachtungsvoll

Gerson Karfunkelstein,
Bier-Groß-Handlung.

Mein in der Nähe von Danzig gelegenes

Gasthaus „Zur Ostbahn“ in Ohra

mit großem Saale und schattigem Garten bringe ich Ihnen hiermit in geneigte Erinnerung, und empfehle ich dasselbe ganz besonders für Vereine u. größere Gesellschaften zu den bevorstehenden Vergnügungen und Festlichkeiten.

Eine neu erbaute und decorirte Kegelbahn mit Asphaltboden, Scheibentelegraph und Signalglocke, verdeckte Kugellauf und zweckmäßiger Beleuchtung empfehle ich den Herren Kegelschützen.

Durch alle Theile meines Etablissements ist ein Telegraph zur Verbindung geleitet. Als besondere Unterhaltungen habe ich aufgestellt: ein gutes **Billard**, Rollschlittschuhs zur Vermuthung für den Saal, Schanfel, zwei Ringelspiele, Schießbude im Garten, ein zweispänniges Gelfuhrwerk, Gel u. Pferde zum Reiten in der offenen Reitbahn.

Eine bequeme Verbindung mit Danzig wird hergestellt durch die **Pferdebahn**, welche von 7 1/2 Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends alle 30 Minuten verkehrt. Auf Wunsch stelle ich meinen eigenen Krenser zur Rückbeförderung nach der Stadt ein. An den Sonn- und Feiertagen findet Nachmittags und Abends ein **Concert**, sowie an jedem **Donnerstage** der beliebigen **Felschen Kapelle** unter persönlicher Leitung ihres Dirigenten statt.

Für größere Gesellschaften bin ich mit einer **Kaffeeküche** eingerichtet. Zu geneigtem Besuche erlaubt sich daher ganz ergebenst einzuladen
H. Mathesius.

Wasch-Anzüge
selbst für
die größten Knaben
in Turndress und gemusterten Stoffen
empfehlte
in großer Auswahl zu billigen
ganz festen Preisen
Math. Tauch
28. Langgasse 28.

Oberhemden
vom Lager und auf Bestellung nach verschiedenen ganz neuen Systemen unter Garantie des Gutes, empfehlte zu sehr billigen Preisen
Ludwig Sebastian,
Leinen- & Federnhandlung, Wäschefabrik,
Wollwebergasse 15.

Gewaschene Oberhemden mit leinen Einsatz
à 3 Mark.

Eleganteste Neuheiten
in Sonnenschirmen,
En-tout-cas und Regenschirmen
werden diesmal zur Saison ausnahmsweise zu niedrigsten Preisen verkauft.
A. Walter, vormal's Alex Sachs,
on gros. on detail.
Schirmfabrik, Makkauschegasse.

Neuheiten von Sonnenschirmen
empfehle in größter Auswahl zu billigsten Preisen.
Größtes Lager
in haltbaren Stoffen und Stöcken.
Adalbert Karau,
Schirmfabrik. Danzig, Schirmfabrik.
En gros. Langgasse 35, Löwenschloß. En detail.

Retourbillet
Berlin-Danzig wird gekauft Langgasse Nr. 28.
Ein **Bapagei** ist billig zu verkaufen **Breitgasse 122, Eing. Junferg. 1 Tr.**

Einen Lehrling
mit guten Schulkenntnissen gegen monatliche Remuneration suchen
R. Deutschendorff & Co.,
Milchkammengasse 6.

Schüler
finden gute, billige Pension in d. Nähe des Königl. Gymnasiums. Zu erfragen **Langgarten 63, parterre.**
Ein stets nichterer zuverlässiger mit der Dampfmaschine vertrauter Maschinist kam u. melden beim Schiffbau-meister **Fechter** in Königsberg. (7690)
Für unsere Colonialwaaren, Farbehandlung und Destillation suchen wir einen jungen Mann als
Lehrling.
Hertel u. Wiebe,
Vorhändlichen Graben Nr. 45.

Als Hofmeister u.
sucht ein gel. Tischler, der längere Zeit in einer Maschinenfab. gearbeitet, Stellung.Adr. unt. 7668 in d. Exp. d. Zig. erb.

Ein junger Mann,
der 1 1/2 Jahre in der Landwirtschaft, als Gehe thätig gewesen, sucht zur weiteren Ausbildung passende Stellung.
Adressen unter 7672 in der Exped. dieser Zeitung erbeten
Ein geistl. junges Mädchen aus anständ. Lehrfamilie sucht. Stelle zur Führung der Wirtschaft oder zur Stütze der Hausfrau. Adr. werd. unter Nr. 7187 in der Exp. d. Zig. erbeten.

Breitgasse 14
ist eine möblierte Vorderstube nebst Kab. an 1 oder 2 Herren zum 15. Juni zu vermieten.

Die Oberräume
des Steinlager-Speichers, zu Getreideschüttungen eingerichtet, sind z. 1. Juli cr. zu vermieten. Näher. **Trobbantengasse 47.**

Ein großer heller Saal, in bester Lage der Langgasse, der sich zu jedem Geschäft eignet, ist billig zu vermieten.
Adressen unter 7699 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

Ein kl. hübsche Käfer- u. Schmetterlingsammlung ist billig zu verkaufen. **Schießbude 13, 1. Th. 1 Tr.**

Kurhaus Zoppot.
Sonntag, den 1. und Montag, den 2. Pfingst-Feiertag:
Grosses Extra-Concert
angeführt von der verstärkten aus 30 Mann bestehenden
Kurcapelle
unter persönlicher Leitung des Musik-Dirigenten **Herrn S. Wenzel.**
Kasseneröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Entrée 50 A. Kinder 10 A.
C. Nürnberg.

Freundschaftl. Garten.
Täglich
Garten-Concert
von der **Söpner'schen Kapelle.**
Montag u. Freitag **Keil'sche Kapelle.**
Entrée Sonntags 15 A, Wochentags 10 A.
Danziger
Actien-Brauerei
Kleinhammer.
Oscar Blondin,
Held der **Niagara-Fälle.**
Dank für gute Nachrichten? Der. Gr. v. Gu.
Devo mandargli due righe di bigl. — Sia chiara — Qualche segno — Gran fiducia — gran cuore. (7651)
Herrn Dank! Auf. S. nun, folge Th. überall hin. Schnst nach Vereing.
Zur Brunnenkur
empfehlte
sämtliche Sorten
natürl. Mineralwässer
in stets frischer Füllung
die
Löwen-Apothek,
Langgasse 73.
Edmund Hedinger.
Frankfurter Transport- und Glas-Vericherungs-Actien-Gesellschaft Frankfurt a. M.
See-, Fluß- und Landtransport-Versicherungen
aller Art schließen wir zu den billigsten Sätzen durch unsere General-Agentur Danzig. **M. Fürst & Sohn,** Heil. Geistgasse No. 112. (7604)
Druck u. Verlag von **A. W. Kafemann** in Danzig.
Dazu eine Beilage.